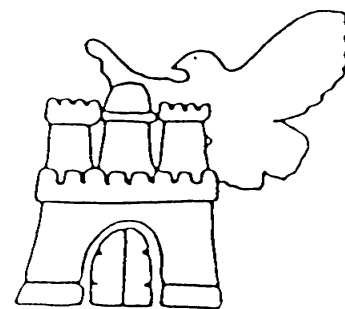


HAMBURGER FORUM

RUNDBRIEF NR. 05/15

www.hamburgerforum.org



27. Juli 2015

Liebe Friedensfreundinnen, liebe Friedensfreunde,

der 70. Jahrestag der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki steht nun bevor. Für uns ein Anlass, auf die Gefahren der Nutzung der Atomkraft in jeglicher Form hinzuweisen – sei es nun sogenannten zivil oder gar militärisch. Neben der schon im letzten Rundbrief angekündigten Kundgebung am 6.8. am Kriegsklotz rufen wir auch zur Beteiligung an der Nacht der 70.000 Kerzen auf. Dazu unten mehr. Das inhaltlich sehr ausführliche Flugblatt für den 6.8. liegt dem Rundbrief bei. (Diejenigen, die den Rundbrief in elektronischer Form erhalten, haben das Flugblatt schon bekommen.)

**Kundgebung zum Hiroshimtag 2015
6. August ● 17.00 Uhr ● Kriegsklotz
S-Bahn-Dammtor / U-Bahn-Stephansplatz**

Auf der Kundgebung am 6.8. am Kriegsklotz werden Inga Blum (IPPNW) und Wolfgang Kirstein (Hamburger Forum) sprechen. Außerdem gibt es Kultur mit Musik und Rezitation.

Mittlerweile ist auch die Demonstration zum Antikriegstag weitgehend vorbereitet. Von Deutschland geht in vielfältiger Weise Krieg aus: Mit zahlreichen Auslandseinsätzen, umfangreichen Waffenexporten, der EU-Assoziierung der Ukraine, der Duldung des US-Drohnenkriegs von deutschem Boden aus ... Den politischen Eliten ist dies noch nicht genug: Sie fordern noch mehr „deutsche Verantwortung“ und meinen damit noch mehr militärisches Engagement. Mit der Antikriegstagsdemonstration wollen wir gegen diese Entwicklung protestieren. Was die westliche Politik in der Ukraine angerichtet hat, dazu haben wir euch hinten einen Text aus dem Newsletter German Foreign Policy abgedruckt.

Die VVN, die als Organisation den Ostermarschaufruf nicht unterstützt hatte, ist an der Antikriegstagsdemonstration wieder beteiligt. Auf dem Flugblatt werden die Unterstützer nicht einzeln aufgeführt, sondern es wurde verabredet, als „Hamburger Bündnis für den Antikriegstag 2015“ aufzutreten. Zu den Rednerinnen gehören Ilse Jacobs (VVN/BdA), Wolfgang Gehrcke (MdB, Die LINKE), Kai Ehlers und Olaf Harms (Verdi-Hamburg). Der Verdi-Landesvorstand hat einen eigenen Aufruf zum Antikriegstag verabschiedet und ruft zur Teilnahme an der Demonstration auf. Wir dokumentieren den Aufruf in diesem Rundbrief.

**Demonstration zum Antikriegstag 2015
Auftrittkundgebung ● 01.09.2015 ● 17.00 Uhr ● Kriegsklotz
S-Bahn-Dammtor / U-Bahn-Stephansplatz**

Bitte haltet euch den Termin frei und macht die Demonstration auch schon bekannt. Das Flugblatt ist noch in Arbeit und wird euch in einem weiteren Rundbrief zugehen. Das Hamburger Bündnis zum Antikriegstag 2015 ruft dazu auf, das Wochenende vor dem Antikriegstag mit Aktionen für die Mobilisierung zu nutzen.

Wer sich stärker friedensbewegt engagieren möchte, sei auf unsere nächsten Vorstandssitzungen mit Gästen hingewiesen, auf der wir Inhalte und Formen unserer Aktionen diskutieren:

Dienstag, 04.08. und 18.8.2015 ● 18.00 Uhr ● Curio-Haus ● Rothenbaumchaussee 15

Wer eingeladen werden möchte oder Anfragen und Anregungen hat, melde sich bitte bei uns – siehe unten.

Mit pazifistisch-antimilitaristischen Grüßen

Markus Gunkel

German Foreign Policy: Ein Misstrauensreferendum

24.07.2015

KIEW/BERLIN (Eigener Bericht) – Im Berliner Polit-Establishment wird der Ruf nach einer Ausweitung der Unterstützungszahlungen an die Ukraine laut. Das Land stehe ökonomisch am Abgrund und benötige „insbesondere finanzielle Hilfen“, heißt es in einem Beitrag in der aktuellen Ausgabe des Fachblattes „Internationale Politik“. „Wichtig“ sei es auch, „eine rege Tätigkeit von Auslandsinvestoren in der Ukraine“ zu fördern, heißt es in einem zweiten Beitrag, der „die Voraussetzungen für den Erfolg“ einer „echten Reformierung“ in der prowestlich gewendeten Ukraine deutlich „verbessert“ nennt. Tatsächlich kann sich der ukrainische Staatspräsident, ein Oligarch, der aktuell die Zustimmung von gerade einmal 13 Prozent der Bevölkerung genießt, zur Zeit nur mit Mühe gegen faschistische Putschbestrebungen an der Macht halten. Der Führer der faschistischen Organisation „Rechter Sektor“ hat soeben eine landesweite Agitation zum Sturz der Regierung angekündigt. Die politische Zuspitzung erfolgt in einer Situation, in der weite Teile der Bevölkerung dramatisch verarmen und die Preise für Strom, Wasser und vor allem für Erdgas für Privathaushalte um dreistellige Raten in die Höhe schießen. Keine eineinhalb Jahre nach dem von Berlin unterstützten Umsturz ist die Lage in der Ukraine desolat.

„Mehr Finanzhilfen“

Im Berliner Polit-Establishment wird der Ruf nach einer Ausweitung der finanziellen Unterstützung für die Ukraine laut. Die ökonomische Lage des Landes „bleibt dramatisch“, heißt es in einem aktuellen Beitrag in der Fachzeitschrift „Internationale Politik“, die von der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) herausgegeben wird. Autor ist der schwedische Ökonom Anders Åslund, der zur Zeit als Senior Fellow für den Atlantic Council tätig ist. Åslund hält fest, das ukrainische Bruttoinlandsprodukt sei „im ersten Quartal dieses Jahres um 17,6 Prozent geschrumpft“; zugleich habe „die Inflationsrate ... im April 61 Prozent erreicht“. Gleichzeitig bleibe „die internationale finanzielle Unterstützung für die Ukraine ... auf einem bedenklich niedrigen Niveau“. Weil „die wirtschaftlichen Schwierigkeiten ... in erster Linie die Bevölkerung“ belasteten, drohe perspektivisch gar „eine schwerwiegende Gegenreaktion“, warnt Ås-

Wolfgang Erdmann ist tot

Mit Trauer und Bestürzung müssen wir Abschied nehmen von unserem Friedensfreund und aktiven Gewerkschafter Wolfgang Erdmann, der im Alter von 69 Jahren nach schwerer Krankheit viel zu früh verstarb. Wir kannten und schätzten ihn als einen engagierten Kämpfer für Frieden und Abrüstung, als Redner und Teilnehmer auf vielen Veranstaltungen des Hamburger Forums, beim Ostermarsch und in der Gewerkschaft.

Wir verlieren mit Wolfgang Erdmann einen verlässlichen und klugen Mitstreiter, der uns in wertvoller Erinnerung bleiben wird.

Hamburger Forum
für Völkerverständigung
und weltweite Abrüstung e.V.

lund. „Die Ukraine braucht mehr Unterstützung aus dem Westen“, schreibt er, „insbesondere finanzielle Hilfen“. Tatsächlich hat die EU soeben 600 Millionen Euro nach Kiew überwiesen, die erste Rate eines 1,8 Milliarden Euro schweren Hilfspakets, das in Kürze komplett ausgezahlt werden soll.

„Investitionen unterstützen“

Weitere Maßnahmen zur wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Unterstützung der Ukraine fordert ebenfalls in der „Internationalen Politik“ Andreas Umland. Umland, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Euro-Atlantische Kooperation in Kiew, galt lange als Spezialist für Rechtsextremismus in Russland und der Ukraine. Sein Ruf hat allerdings gelitten, seit er 2014 begonnen hat, extrem rechte Kräfte in der Ukraine vom Faschismusvorwurf reinzuwaschen und stattdessen dem russischen Präsidenten Wladimir Putin zu unterstellen, „einzelne Ideen und Praktiken“ zu verfolgen, „die an die Politik des Dritten Reichs erinnern“. Umland fordert nun in der „Internationalen Politik“, die westlichen Staaten sollten einen „Garantiefonds zur Versicherung politischer Risiken von Direktinvestitionen“ in der Ukraine einrichten, um die Investitionstätigkeit dort zu steigern. Tatsächlich ziehen sich Investoren wegen der unhaltbaren Verhältnisse aus dem Land zurück; bekannte Beispiele sind die Energiekonzerne Chevron und Shell, die jeweils ihre Fracking-Projekte in der Ukraine auf-

gegeben haben. Umland fordert darüber hinaus, man müsse Kiew die „Perspektive eines künftigen EU-Beitritts“ einräumen. Vor allem Berlin hat dies stets zurückgewiesen – nicht zuletzt aus Kostengründen.

Die Grundrichtung

Während die „Internationale Politik“ den Appellen von Åslund und Umland für eine intensivere Unterstützung der Ukraine breiten Raum bietet, spitzt sich die ökonomische Lage in dem Land immer weiter zu. Wie die Nationalbank der Ukraine mitteilt, belaufen sich die ukrainischen Schulden mittlerweile auf rund 126 Milliarden US-Dollar – 110,5 Prozent des ukrainischen Bruttoinlandsprodukts; Kiew steht längst vor dem Bankrott. Das Durchschnittsgehalt liegt bei rund 140 US-Dollar im Monat, die Mindestrente bei 43 US-Dollar – und damit unter dem Mindestlohn in Höhe von 48 US-Dollar. Habe man vor fünf Jahren 55 Prozent des Mindestlohns ausgeben müssen, um seine Lebensmittelversorgung auf einfachster Basis für einen Monat zu sichern, so seien dafür heute 108 Prozent des Mindestlohns nötig, wird berichtet. Gleichzeitig seien die Kosten für Strom um 133 Prozent, der Preis für Wasser um 176 Prozent gestiegen. Zudem ist der bislang subventionierte Erdgaspreis für Privathaushalte im April um 284 Prozent erhöht worden; er soll bis 2017 sogar um 450 Prozent zunehmen. Wie die ärmeren Bevölkerungsschichten in den bitter kalten ukrainischen Wintern ihre Heizkosten zahlen sollen, ist nicht klar. Die Erhöhung des Erdgaspreises für Privathaushalte wird von deutschen Wirtschaftsfachleuten als bedeutender Erfolg gepriesen: Sie sei ein „Hammer“, lobt Ricardo Giucci von der „Deutschen Beratergruppe“, die die Regierung in Kiew in Wirtschaftsfragen berät; „die Grundrichtung“ stimme.

Proeuropäer mit Chancen

Während die soziale Lage immer explosiver wird und die Unzufriedenheit in der Bevölkerung wächst, liefert Andreas Umland vom Kiewer Institut für Euro-Atlantische Kooperation dem deutschen Polit-Establishment erstaunliche Analysen. „Die Voraussetzungen für den Erfolg“ einer „echten Reformierung“ der Ukraine hätten sich „nach dem Erfolg des Euromaidan und der Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens“ mit der EU „verbessert“, behauptet Umland in der „Internationalen Politik“: „Proeuropäische Parteien und die Zivilgesellschaft“, „internationale staatliche Institutionen (EU, IWF, OSZE)“, aber auch „nichtstaatliche Organisationen wie Stiftungen, Watchdogs und

Thinktanks“ spielten nun „im politischen Prozess der Ukraine eine deutlich wichtigere Rolle“. „Die verstärkte Einbeziehung ukrainischer Bürgeraktivisten, der EU-Delegation bzw. EU-Mission in Kiew, gut ausgebildeter Auslandsukrainer und weiterer neuer Akteure in die Reformbemühungen“ erhöhe „deren Erfolgchancen“. „Selbst der Krieg in der Ostukraine hat eine ... disziplinierende und konsolidierende Wirkung auf die ukrainische Elite und Gesellschaft“, behauptet Umland weiter. In der ukrainischen Bevölkerung wird das Lob auf die neuen Verhältnisse nicht von allzu vielen geteilt: Die Partei des Staatspräsidenten, des Oligarchen Petro Poroschenko, genießt zur Zeit noch die Zustimmung von rund 13 Prozent der Bevölkerung; die Partei von Ministerpräsident Arsenij Jazenjuk würde heute von nicht einmal zwei Prozent der Ukrainer gewählt.

Nationale Befreiungsbewegung

Gleichzeitig erschüttern offenkundige Putschbestrebungen faschistischer Kräfte die Ukraine. Vor rund zwei Wochen kam es zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen dem „Rechten Sektor“, einem auf dem Majdan gegründeten Faschistenbündnis, und der Polizei im äußersten Südwesten des Landes. Anschließend errichtete der Rechte Sektor Kontrollpunkte an den Ausfallstraßen der westukrainischen Großstadt Lwiw und an einer Ausfallstraße, die von Kiew in Richtung Westen führt – „um die Verlegung von Truppen in den Westen zu verhindern“, wie der Ukraine-Experte Reinhard Lauterbach berichtet. Gleichzeitig kam es zu Protestkundgebungen des Rechten Sektors, der am Dienstag mehrere tausend Personen in Kiew versammeln konnte, viele davon uniformiert. Auf der Kiewer Kundgebung teilte Dmiro Jarosch, der Führer der Organisation, mit, man werde künftig im ganzen Land als „nationale Befreiungsbewegung“ gegen die „Regierung der Verräter“ auftreten und ein „Misstrauensreferendum“ gegen Staatspräsident Poroschenko und Ministerpräsident Jazenjuk organisieren. Was genau Jarosch unter dem „Misstrauensreferendum“ versteht, ist nicht klar. Klar ist aber: Die faschistischen Kräfte, die der Westen einst auf dem Majdan erstarken ließ, um den missliebigen Staatspräsidenten Wiktor Janukowitsch zu stürzen, zielen immer offener auf den Sturz der vom Westen installierten Regierung – und auf die Übernahme der Macht in Kiew.

Quelle: <http://www.german-foreign-policy.com/de/full-text/59168> (Dort sind auch Quellenangaben und weitere Verweise zu finden.)

Nacht der 70.000 Kerzen in Hamburg: 5. August, 22 Uhr Jungfernstieg, Alsterterrassen

Am 6. August 2015 jährt sich der Atombombenabwurf von Hiroshima zum 70. Mal.

Mit 70.000 Kerzen möchten wir unsere Vision einer atomwaffenfreien Zukunft am Vorabend des Gedenktages in die Öffentlichkeit tragen.

Am Hiroshima-Tag ist es weltweit Tradition, schwimmende Kerzen anzuzünden; ein Symbol für die vielen Menschen, die im kühlenden Wasser Rettung vor dem atomaren Feuer suchten.

Zur „Nacht der 70.000 Kerzen“ sind Sie eingeladen, am 5. August 2015 zwischen 22:00 und 0:15 Uhr (Ortszeit des Atombombenabwurfes, der Datumsunterschied ergibt sich aus der Zeitverschiebung) auf städtischen Plätzen oder vor Militäreinrichtungen, in Gottes- oder vor Rathäusern, auf Flüssen oder Seen Hunderte oder Tausende Kerzen zum Gedenken an die Opfer der Atombomben von Hiroshima und Nagasaki anzuzünden.

In Hamburg möchten wir am Jungfernstieg (bei den Terrassen zwischen Tourismus-Info und Alsterpavillion) am Mittwoch, den 5. August 2015 um 22 Uhr den Opfern mit Kerzen gedenken.

Herzlich möchten wir dazu alle Interessierten einladen. Bringen Sie gerne Kerzen, Teelichter und/oder Windlichter mit.

Weitere Infos finden Sie im Netz unter:

<http://www.friedenskooperative.de/hiroshima/?q=content/nacht-der-70000-lichter>

Bei Fragen oder Anregungen zur Aktion in Hamburg wenden Sie sich gerne an: hamburg@icanw.de

Wir freuen uns über eine rege Teilnahme,
Ihr Hamburger Forum e. V.,
Ihre IPPNW in Hamburg
und Ihre Hochschulgruppe ICAN Hamburg

Aufruf von ver.di Hamburg zur Demonstration am Antikriegstag 1. September 2015

Beschluss des LBV ver.di Hamburg am
6.7.2015

Es ist an der Zeit für eine starke Friedensbewegung

Wir Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter sind erschrocken und besorgt über die weltweit zuneh-

mende kriegerische Gewalt. 100 Jahre nach Beginn des 1. Weltkrieges und 70 Jahre nach Beendigung des 2. Weltkrieges ist in der Welt noch immer und in Europa wieder der Krieg die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln.

Wir sind empört über den Umgang mit geflohenen Menschen in unserem Land, die vor Krieg und Hunger Schutz suchen. Menschenwürde kennt keine Grenzen.

Uns alarmiert die Tatsache, dass die Bundesregierung einseitig Partei ergreift für die Stationierung schwerer US-Waffen an der Grenze zu Russland und dass sich die Bundeswehr an einer 5000 Soldaten starken NATO-Expansionseinheit beteiligt. Alte Feindbilder werden bedient, Atomkräfte üben Krieg an den europäischen Außengrenzen und Deutschland macht mit.

Um diese Kriegsentwicklung zu stoppen, muss unser DGB im 70. Jahr der Befreiung vom Faschismus mehr denn je wieder Einheitsgewerkschaft sein, die für das erste Menschenrecht auf Leben weltweit einsteht.

JA! zur Abrüstung, zu Rüstungskonversion und ziviler Konfliktbearbeitung!

NEIN! zu Krieg, zu Gewalt und zu mehr Militär und Hochrüstung!

JA! zur Solidarität mit Flüchtlingen und sozialer Asylpolitik!

NEIN! zu Rassismus und Fremdenfeindlichkeit!

Um auch den Gewerkschaften Gehör zu verschaffen und Kolleginnen und Kollegen aus allen Gewerkschaften mit Interesse an der Friedensarbeit einzubeziehen, auch dafür, wie Rüstungskonversion aktiv umgesetzt werden kann, ist die Bildung eines gewerkschaftlichen Arbeitskreises nicht nur sinnvoll, sondern auch notwendig.

Der Landesbezirksvorstand beschloss über obigen Aufruf hinaus:

Verdi setzt sich beim DGB-Hamburg anlässlich des Antikriegstages am 1. September für folgendes ein:

- Bildung eines gewerkschaftlichen Arbeitskreises Frieden
- Unterstützung der Aktivitäten des Hamburger Forums für Frieden und Völkerverständigung zum Antikriegstag 2015
- Eröffnung einer Ausstellung mit DGB-Plakaten zum Antikriegstag im DGB-Haus im Rahmen einer kulturellen Veranstaltung